

Inflation, Verteilung und Investition

Wie tragfähig sind die monetären Überlegungen von Marx?¹

Die Marxsche Theorie grenzt sich durch den Stellenwert, den sie monetären Aspekten beimißt, deutlich vom *Mainstream* – also der herrschenden Lehre – der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaften ab. Während Geld im Rahmen der Neoklassischen Theorie und in der langen Frist auch für den Monetarismus neutral ist, ist Geld für Marx eine zentrale Institution des Kapitalismus; monetäre und finanzielle Aspekte spielen für ihn eine wichtige Rolle.

Im folgenden werden zunächst die wichtigsten theoretischen Überlegungen zu Geld und zur Bedeutung des Zinses in der Marxschen Theorie dargestellt. Hieran anschließend wird erörtert, wie inflationäre Prozesse in Marx' Theoriegebäude erklärt werden können; in diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, wie tragfähig seine Vorstellungen in Bezug auf die funktionale Einkommensverteilung sind. Abschließend wird diskutiert, ob Marx eine adäquate Erklärung für das Investitionsverhalten des Unternehmenssektors liefert und ob die Bedeutung des Zinses angemessen berücksichtigt wird.

1. Definition und Funktionen des Geldes

Im Rahmen der Marxistischen Politischen Ökonomie – d.h. im Rahmen von Arbeiten solcher Autorinnen und Autoren, die sich auf die Marxsche Analyse beziehen und sich selbst als Marxistinnen und Marxisten verstehen – wird den monetären Aspekten der Marxschen Theorie häufig wenig Aufmerksamkeit geschenkt und v.a. auf realwirtschaftlicher Basis argumentiert. Geld wird oftmals ein fast neutraler Status zugewiesen, der jenem der Neoklassik, die Geld lediglich als Tauschmittel faßt und Geld als „Schleier“ über der realen Ökonomie ansieht, ähnelt. Dies spiegelt sich u.a. darin wider, daß sich nur wenige Arbeiten mit den monetären Aspekten der Marxschen Theorie beschäftigen.² Tatsächlich wird die Unterschlagung monetärer Gesichtspunkte Marx kaum gerecht, da Geld bei ihm alles andere als einen neutralen Stellenwert inne hat. Marx betont vielmehr gerade die monetäre Vermittlung von Produktion und Konsumtion im Kapitalismus, der gesellschaftliche Wert einer Ware zeigt sich im Austauschprozeß Ware gegen Geld und nicht im Tausch Ware gegen Ware.

Der besondere Stellenwert des Geldes im Rahmen der Marxschen Politischen Ökonomie kommt insbesondere in der *allgemeinen Kreislaufformel des Kapitals* $G - W - G'$ zum Ausdruck (vgl. Marx 1986: 161 ff.): Ein Kapitalist gibt Geld (G) aus, um mittels der erworbenen Waren (W) Güter zu produzieren, die ihm mehr Geld ($G' = G + \Delta G$) als das eingesetzte einbringen. Die Kreis-

¹ Für Durchsicht und Verbesserungsvorschläge danke ich Torsten Niechoj und Sabine Reiner.

² Rekonstruktionen der Marxschen Geldtheorie liefern Fritsch (1968) und de Brunhoff (1976).

laufformel wird von Marx bekanntlich weiter differenziert (vgl. Marx 1983: 31 ff.): $G - W (=A + Pm) - \dots P \dots W' - G'$. Der Kapitalist kauft mit seinem Geld Waren in Form von Arbeitskraft (A) – d.h. er stellt Arbeitskräfte ein – und Produktionsmittel (Pm = Maschinen, Gebäude, Vorprodukte usw.), um im Produktionsprozeß (P) Waren (W') zu produzieren, die für die Gesellschaft einen höheren Wert verkörpern als W und die er deshalb mit Gewinn verkauft (G'). Hier wird der Unterschied zu den Tauschvorstellungen der Neoklassik deutlich: Marx' Ausgangspunkt ist nicht der Austausch von Waren mittels Geld, sondern Ausgangspunkt für den Akkumulationsprozeß ist der Vorschuß von Geld; Kapital als sich selbst verwertender Wert wird mittels der Kreislaufformel analysiert.

Dreh- und Angelpunkt der Marxschen geldtheoretischen Überlegungen ist, daß der Wert des Geldes auf dem Wert einer Ware, dem Gold,³ beruht, wobei sich der Wert des Goldes genau wie im Falle jeder anderen Ware auf Basis der Arbeitswerttheorie bestimmt.⁴ Gold als Geld ist die Vergegenständlichung bzw. materielle Existenz des Tauschwertes und Repräsentant des gesellschaftlichen Reichtums. Zum allgemeinen Äquivalent wird Gold aufgrund seiner physischen Beschaffenheit: Es besitzt die Eigenschaften der Homogenität, einer hohen Haltbarkeit und Teilbarkeit und hat einen hohen Wert bei geringem Volumen und Gewicht. Geld, so Marx, erfüllt im Kapitalismus verschiedene Funktionen: Es fungiert als Maß der Werte und als Maßstab der Preise, als Zirkulations- und als Zahlungsmittel (vgl. Marx 1986: 109 ff.). Eine Ware – also Gold – wird zum Geld durch die Verbindung der Funktionen des Wertmaßes und des Zirkulationsmittels.

Marx unterscheidet drei verschiedene Arten von Geld: eine reine Goldumlaufwährung, die er z.B. dem zweiten Band des *Kapitals* (vgl. Marx 1983) zu Grunde legt, Staatspapiergeld und Kreditgeld in Form von Banknoten (vgl. hierzu auch Heine/Herr 1992).⁵ Im ersten Fall einer reinen Goldumlaufwährung dient nur Gold als Geld. Das Volumen der Warenzirkulation ist für Marx bestimmend für die umlaufende Geldmenge, d.h. das Geldangebot erfolgt endogen. Ein zusätzlicher Geldbedarf für Akkumulation und erweiterte Reproduktion wird gedeckt durch eine steigende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, durch Verwandlung von Geld aus Schatzform in zirkulierende Form⁶ und

3 Neben Gold wurde Geld auch auf Basis von Silber emittiert. Im folgenden steht Gold – wie bei Marx – stellvertretend für Edelmetall.

4 „Gold tritt allen andren Waren nur als Geld gegenüber, weil es ihnen bereits zuvor als Ware gegenüberstand.“ (Marx 1986: 84) „Gold und Silber sind von Natur nicht Geld, aber Geld ist von Natur Gold und Silber.“ (Marx 1972: 131)

5 Die Unterscheidung von Staatspapiergeld und Banknoten ist in der modernen Geldtheorie unbekannt. Papiergeld in seiner Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel wird heute üblicherweise als Banknote bezeichnet.

6 Regulator der Geldmenge sind insbesondere Schatzbildung und Schatzauflösung: „Die Warenmasse als gegeben vorausgesetzt, flutet die Masse des zirkulierenden Geldes auf und ab mit den Preisschwankungen der Waren.“ (Marx 1986: 132; vgl. auch Marx 1972: 84 ff.)

außerdem durch zusätzliche Goldproduktion.⁷ Auch wenn Kreditgeld bzw. Banknoten verwendet werden, liegt ein endogenes Geldangebot vor. Kreditgeld leitet Marx unmittelbar aus seiner Funktion als Zahlungsmittel ab: Schuldzertifikate für verkaufte Waren (z.B. Wechsel) werden selbst wieder zur Begleichung von Zahlungen verwendet und fungieren bis zu ihrer Fälligkeit als Geld (vgl. z.B. Marx 1984: 413). Auch hier schafft sich die Zirkulation die Mittel für den Warenumsatz selbst, d.h. das Steigen und Sinken der Preise und die entsprechenden Warenmengen determinieren die Menge des zirkulierenden Geldes. Kreditgeld vertritt, so Marx, Geld – also Gold – seinem Nominalwert nach. Die Menge der zirkulierenden Banknoten richten sich nach den Bedürfnissen der Zirkulation.^{8, 9}

7 „Soweit alle diese Mittel nicht hinreichen, muß zuschüssige Goldproduktion stattfinden, oder, was auf dasselbe herauskommt, ein Teil des zuschüssigen Produkts wird gegen Gold – das Produkt der Länder der Edelmetallproduktion – direkt oder indirekt ausgetauscht. Die ganze Summe der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Produktionsmittel, die in der jährlichen Produktion von Gold und Silber als Instrumenten der Zirkulation verausgabt wird, bildet einen schweren Posten der *faux frais* der kapitalistischen, überhaupt der auf Warenproduktion gegründeten Produktionsweise. Sie entzieht der gesellschaftlichen Ausnutzung eine entsprechende Summe möglicher, zuschüssiger Mittel der Produktion und Konsumtion, d.h. des wirklichen Reichtums.“ (Marx 1983: 347; vgl. auch Marx 1972: 113 f.)

8 „Die Menge der zirkulierenden Noten richtet sich nach den Bedürfnissen des Verkehrs, und jede überflüssige Note wandert sofort zurück zu ihrem Ausgeber.“ (Marx 1984: 540)

9 Ihren historischen Ursprung haben die Banknoten tatsächlich in London. In England stellten die Londoner Goldschmiede der Lombard Street ab ca. 1640 ein breites Angebot an Bankdienstleistungen (Überziehungskredite und Überweisungen, Diskontierung von Wechseln, Schuldscheinen und Staatspapieren) zur Verfügung und bauten ein funktionierendes Depositen- und Clearingbankwesen auf. Schon lange vorher waren die Goldschmiede neben dem Edelmetallhandel im Kreditgeschäft tätig. Das Besondere an der Tätigkeit der Goldschmiede seit der Mitte des 17. Jahrhunderts war die Ausgabe von Goldsmith Notes oder Bankers Notes, d.h. von verzinslichen Quittungen, die sie ihren Kunden für deren Einlagen ausstellten; im Laufe der Zeit wurden diese Notes so ausgestaltet, daß sie per Indossament übertragbar waren und damit als Zahlungsmittel fungierten. Da die Goldschmiede wußten, daß nie alle ihre ausgegebenen Noten auf einmal eingelöst werden würden, konnten sie Noten über ihre Einlagendeckung hinaus ausgeben und auf diese Weise sich selbst und ihren Kunden Kredit verschaffen. So entstand das Kreditgeschäft der Bankiers, die Geschäfte machten, indem sie Depositen hereinnahmen und Banknoten emittierten. Die Ausgabe von Noten stellte zunächst eine Form der privaten Geldschöpfung dar, die sich über England hinaus verbreitete (vgl. North 1994: 113 ff.). Neben den Goldsmith Notes entwickelte sich in der frühen Neuzeit als weitere Form des Papiergeldes das sog. Staatspapiergeld (vgl. ebd.). Wer der Englischen Krone Geld lieh, erhielt ein Kerbholz, in dem der geliehene Geldbetrag eingekerbt war. Auf Vorlage des Kerbholzes hin wurde dem Gläubiger nach einer bestimmten Zeit sein geliehenes Geld vom Schatzkanzler zurückerstattet. Wer nicht auf die Rückzahlung durch den Schatzkanzler warten wollte oder konnte, gab das Kerbholz, das dann als Zahlungsmittel diente, weiter. Da ein Stück Holz kaum indossiert werden kann, wurden die Kerbhölzer bald durch Anweisungen des Schatzkanzlers ersetzt, die als Staatspapiergeld frei zirkulierten. Während die Akzeptanz von Banknoten (auch als „uneigentliches Papiergeld“ bezeichnet) auf dem Vertrauen in die Deckung durch die Notenbank beruhte, bestand diese Deckung beim Staatspapiergeld (oder auch „eigentlichem Papiergeld“) nicht. Vielmehr setzte der Staat kraft seiner Autorität einen Zwangskurs fest und verpflichtete sich u. U. dazu, das von ihm emittierte Staatspapiergeld für bestimmte Zahlungen, z.B. Steuern, zum Nennwert anzunehmen.

Für Staatspapiergeld, das exogen – „vom Staat äußerlich in den Zirkulationsprozeß hineingeworfen“ (Marx 1986: 141) – und nicht endogen in den Wirtschaftskreislauf gelangt, gelten für die absoluten Preise und das Preisniveau andere Gesetze als in einer Wirtschaft mit Banknoten oder einer reinen Goldwährung. Gibt der Staat nämlich Staatspapiergeld über das in der Zirkulation notwendige Maß hinaus aus, dann sinkt der Wert dieses Geldes gegenüber dem Gold und die Preise bzw. das Preisniveau werden entsprechend steigen (vgl. Marx 1972: 98 f.). Für Staatspapiergeld gilt nach Marx somit letztlich die klassische Quantitätstheorie, deren Gültigkeit er für eine reine Goldumlaufwährung und für Kreditgeld bestreitet.

2. Die Bedeutung des Zinses

Der Zins ist für Marx der Preis, den ein Schuldner seinem Gläubiger für die Überlassung einer Summe Geldes zahlen muß; er hat für Marx nichts mit der Geldmenge zu tun. Der Zins ist Teil des Profits, der dem Verleiher von Geld zukommt, d.h. er ist ein Abzug vom eigentlichen Profit des Schuldners. Der Zinsfuß ist alleine durch Angebot und Nachfrage nach Geldkapital bestimmt, wobei die Durchschnittsprofiträte den maximalen Zinssatz festsetzt.¹⁰ Damit ist die Teilung des Profits in den Zins und den von Marx so bezeichneten Unternehmergewinn allein abhängig von der Konkurrenz um leihbares Geldkapital. Die Klasse der Kapitalisten untergliedert sich durch die Einführung des Geldverleihens in zwei Untergruppen: in die Gruppe der fungierenden oder industriellen Kapitalisten auf der einen und die Gruppe der Geldkapitalisten auf der anderen Seite. Die Spaltung in Zins und Unternehmergewinn führt von einer bloß quantitativen zu einer qualitativen Teilung des Profits: „Der Anwender des Kapitals, auch wenn er mit eigenem Kapital arbeitet, zerfällt in zwei Personen, den bloßen Eigentümer des Kapitals und den Anwender des Kapitals; sein Kapital selbst, mit Bezug auf die Kategorien von Profit, die es abwirft, zerfällt in *Kapitaleigentum*, Kapital *außen* dem Produktionsprozeß, das an sich Zins abwirft, und Kapital *im* Produktionsprozeß, das als prozessierend Unternehmergewinn abwirft.

Der Zins befestigt sich also derart, daß er nun nicht als eine der Produktion gleichgültige Teilung des Bruttoprofits auftritt, die nur dann gelegentlich stattfindet, wenn der Industrielle mit fremdem Kapital arbeitet. Auch wenn er mit eigenem Kapital arbeitet, spaltet sich sein Profit in Zins und Unternehmergewinn. Hiermit wird die bloß quantitative Teilung zur qualitativen; sie findet statt unabhängig von dem zufälligen Umstand, ob der Industrielle Eigentümer oder Nichteigentümer seines Kapitals ist. Es sind nicht nur an verschiedene Personen verteilte Quota des Profits, sondern zwei verschiedene Kategorien desselben, die in verschiedenem Verhältnis zum Kapital, also in einem Verhältnis zu verschiedenen Bestimmtheiten des Kapitals stehn.“ (Marx 1984: 388 f.; Hervorhebungen im Original)

¹⁰ „Jedenfalls ist die Durchschnittsrate des Profits als die endgültige bestimmende Maximalgrenze des Zinses zu betrachten.“ (Marx 1986: 372)

Der Unternehmergeinn wird vom fungierenden Kapitalisten als Arbeitslohn interpretiert, und zwar als eine Art Aufsichtslohn. Hierdurch verschwindet der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit (vgl. ebd.: 393). Und während der Zins eigentlich ein Teil des Profits bzw. des Mehrwertes ist, erscheint er hier als eigentliche und ursprüngliche Frucht des Kapitals (vgl. ebd.: 405).

Mittels des Durchschnittszinsfußes erfolgt durch Kapitalisierung von regelmäßig sich wiederholenden Einnahmen die Bildung des fiktiven Kapitals. Unter fiktivem Kapital sind dabei sowohl Aktien wie auch festverzinsliche Wertpapiere usw. zu verstehen, also solche Papiere, die als Rechtstitel Ansprüche auf künftige Einkommen repräsentieren. Der Ausdruck fiktiv soll hervorheben, daß der Kapitalwert von Effekten rein illusorisch ist und sie nur aus Papier bestehende Duplikate des wirklichen Kapitals sind. Als Eigentumstitel (Aktien) sind sie nur nominelle Repräsentanten von wirklichem Kapital, und die Wertbewegung dieser Titel an der Börse kann völlig losgelöst von der tatsächlichen Bewegung des Kapitals sein, das ein entsprechender Titel repräsentiert (vgl. Marx 1984: 484 ff.).

3. Verteilungskampf und Inflation

Die ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in der Zeit seit dem zweiten Weltkrieg kann grob in zwei Abschnitte unterteilt werden: Die Zeit bis Anfang der 70er Jahre war durch eine für die kapitalistische Produktionsweise einmalige Akkumulations- und Wachstumsdynamik geprägt, während mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum deutlich an Dynamik einbüßten. Selbst die entwickelten kapitalistischen Länder haben seit der Krise 1974/75 mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen, und die Wirtschaftspolitik steht im Zeichen von Inflationsbekämpfung und -vermeidung. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Bedeutung, die der Investitionstätigkeit und der Geldwertstabilität in kapitalistischen Wirtschaften offensichtlich gerade auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht beigemessen wird, ist nach der Interpretation dieser Tatbestände in der Marxschen Theorie zu fragen. In diesem Abschnitt werde ich mich mit dem Zusammenhang von Verteilungskämpfen und Inflation befassen, während im folgenden Abschnitt 5 dann der Zusammenhang von Zins und Akkumulation im Rahmen der Marxschen Theorie beleuchtet wird.

Zunächst einmal ist die Frage zu klären, ob die Bindung des Geldes an Gold bzw. andere Edelmetalle, wie dies von Marx postuliert wird, stichhaltig ist. Dabei ist kaum zu bestreiten, daß Edelmetalle bei der Entstehung von Geld eine herausragende Rolle gespielt haben: So erfolgte die Verwendung von beidseitig abgestempelten Metallstücken als Geld bekanntlich erstmals im 7. Jahrhundert v. Chr. in Lydien. Auch die Monetarisierung im Mittelalter fand auf Basis von Münzgeld statt: Mit dem Niedergang des Römischen Reiches war die Verwendung von Geld sehr stark zurückgegangen, die Wiederbelebung der Ware-Geld-Beziehung vollzog sich erst wieder im Zuge der Auflö-

sung des Fronhofsystems, des Aufschwungs im Handel und der Entstehung der Städte im 12. Jahrhundert (vgl. North 1994: 15 ff.).

Aber spätestens die Suspendierung der Goldeinlösungspflicht des US-Dollars Anfang der 70er Jahre und die Tatsache, daß Gold und andere Edelmetalle für die Gelddeckung seit dieser Zeit keine Rolle mehr spielen, haben gezeigt, daß das „Wesen“ des Geldes nicht wie von Marx behauptet in der Deckung durch Gold und Silber liegt und daß ein Wertzeichen – also Geld – nicht notwendigerweise selbst immanenten Wert besitzen muß (vgl. Heinrich 1991: 188 ff. und Heinrich 2001).¹¹ Daraus folgt auch, daß in der Zeit vor dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods das Gold bei der Deckung des Geldes nicht die Rolle gespielt hat, die ihm oft unterstellt wird. So hatte der US-Dollar unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg als Währung an sich eine herausragende Stellung, und erst die Bindung des Dollars an Gold führte dazu, daß Gold eine monetäre Rolle spielte und nicht umgekehrt. Letztlich bleibt Marx bei der Bestimmung dessen, was Geld ist, einer historischen Epoche der Geldgeschichte verhaftet, ohne eine überzeugende theoretische Definition sowie Erklärung des „Wesens“ von Geld zu liefern. Für die Analyse von Geld ist die Frage nach dem Eigenwert des Geldes letztlich von untergeordneter Bedeutung. Damit kommen wir zur Erklärung von inflationären Prozessen im Rahmen der Marxschen Theorie.

Aufgrund der Bindung des Geldwertes im Falle einer reinen Goldwährung und im Falle von Kreditgeld an den Wert des Goldes auf der einen und einer quasi-quantitätstheoretischen Ableitung des Geldwertes im Falle von Staatspapiergeld auf der anderen Seite bleibt die Marxsche Theorie bei der Erklärung des Phänomens der Inflation letztlich der Quantitätstheorie verhaftet, und die Erklärung von inflationären Prozessen läuft – genau wie beim Monetarismus – von der Geldmenge zum Preisniveau. Die Möglichkeit, daß z.B. Lohn-erhöhungen zu Preissteigerungen führen und damit ein gegenseitiges Aufschaukeln von Löhnen und Preisen (Lohn-Preis-Spirale) die entscheidende Ursache für inflationäre Prozesse ist, wird von Marx explizit ausgeschlossen.

In der Marxschen Theorie sind Lohnauseinandersetzungen bekanntlich Kämpfe um die Höhe des Reallohnes („Wert der Arbeitskraft“¹²), d.h. ein Anstieg der (Geld-)Löhne führt zu einer Verbesserung der Verteilungssituation der Arbeiterklasse, da Lohnerhöhungen keine Preiserhöhungen auslösen. Die

¹¹ Die Bedeutung des Goldes im Rahmen der Marxschen Theorie ist nach wie vor umstritten, so hält z.B. Germer (1997, 1998) an der Marxschen Position fest. Eine solche Position ist aber insbesondere aus den Gründen, die Heinrich nennt, nicht haltbar; vgl. zur Kritik am Marxschen Konzept des Goldgeldes auch Foley (1982) und Reuten (1988).

¹² „Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln.“ (Marx 1986: 186, vgl. z.B. auch ebd.: 542) Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch (a) ein physisches Element, d.h. durch die mindestens erforderlichen Lebensmittel, die das Überleben der Klasse der abhängig Beschäftigten sichern, und durch (b) ein historisches oder gesellschaftliches Element. Mit letzterem meint Marx die „Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen.“ (Marx 1987: 123)

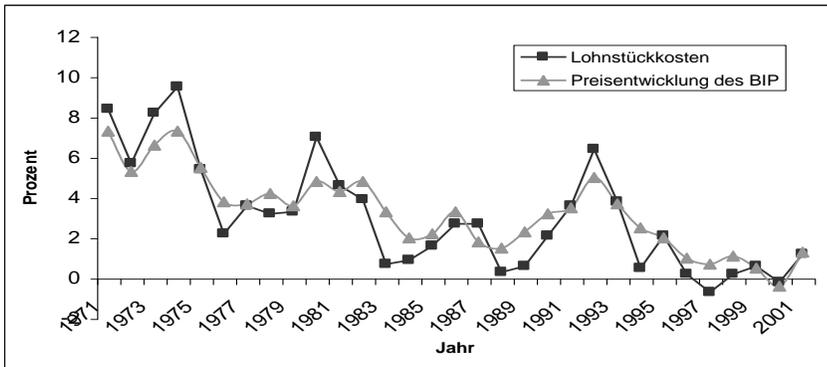
funktionale Einkommensverteilung zwischen Profit- und Lohn Einkommen, die laut Marx bestimmt ist durch die Kampfkraft der Arbeiterklasse, findet ihren Ausdruck in der Höhe der Mehrwertrate. Daß die Verteilung nach seiner Ansicht eine Frage der Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit ist und daß allgemeine Lohnsteigerungen keine Auswirkungen auf das Preisniveau ausüben, hat Marx wohl am klarsten in seiner Arbeit *Lohn, Preis und Profit* herausgestellt, deren Resümee lautet: „Eine allgemeine Steigerung der Lohnrate würde auf ein Fallen der allgemeinen Profitrate hinauslaufen, ohne jedoch, allgemein gesprochen, die Warenpreise zu beeinflussen“ (Marx 1987: 128).

Nach meiner Auffassung kann die Marxsche Theorie in Hinblick auf die Erklärung von Inflation und auch auf die Erklärung der funktionalen Einkommensverteilung – also in Bezug auf die Aufteilung des Volkseinkommens in die Einkommensaggregate Lohn und Profit – nicht überzeugen. Auf dem Arbeitsmarkt werden bekanntlich Nominal- bzw. Geldlöhne ausgehandelt; welche Höhe der Reallohn aufweist, kann hingegen nicht in Lohnverhandlungen festgelegt werden, da die zukünftige Inflationsrate nicht bekannt ist. Es ist entgegen der Marxschen Annahme plausibel, daß Unternehmen Lohnsteigerungen, die über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität liegen, in den Preisen weiterwälzen, denn schließlich sind alle Unternehmen einer Volkswirtschaft von höheren Lohnabschlüssen im Rahmen von Tarifaueinandersetzungen betroffen. Zudem ist es eine Tatsache, daß Zentralbanken in entwickelten kapitalistischen Ländern keine Geldmengensteuerung betreiben und Geld nicht an Gold oder andere Edelmetalle gebunden ist, sondern die von den Geschäftsbanken nachgefragte Geldmenge von der jeweiligen Zentralbank zur Verfügung gestellt wird und letztere lediglich ihre Leitzinsen variiert. Im Falle eines solchen *endogenen* Geldangebotes besteht für Unternehmen auch keine monetäre Restriktion, allgemeine Lohnerhöhungen über dem Produktivitätsfortschritt in den Preisen weiterzugeben.

Auch empirische Tatbestände stützen die hier vertretene Argumentation. Wenn Lohnabschlüsse, die wie gesagt immer Nominallohnabschlüsse sind, tatsächlich die funktionale Einkommensverteilung beeinflussen würden, dann müßte einerseits ein sehr enger und positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Lohnstückkostensteigerung¹³ und der Veränderung der Lohnquote bestehen. Und wenn Lohnerhöhungen über dem Produktivitätsanstieg nicht von den Unternehmen in den Preisen weitergegebenen würden, dann dürfte andererseits kein systematischer Zusammenhang zwischen der Lohnstückkostentwicklung und der Inflationsrate auszumachen sein.

¹³ Die Lohnstückkosten sind definiert als Lohnkosten je Produkteinheit, sie setzen die Lohnkosten je Arbeitnehmer oder je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Erwerbstätigenproduktivität oder zur Produktivität je Erwerbstätigenstunde. Steigen die Lohnkosten schneller als die Produktivität, dann steigen auch die Lohnstückkosten (vgl. Brümmerhoff 2002: 201 f.).

Schaubild 1: Lohnstückkostenentwicklung und Entwicklung der strukturbereinigten Lohnquote in der Bundesrepublik Deutschland 1970-2001



Quelle: Statistisches Bundesamt (2002), eigene Berechnung und eigene Darstellung

Das statistische Bundesamt liefert das benötigte Datenmaterial für die Bundesrepublik für die Jahre 1971 bis 2001 (Statistisches Bundesamt 2002), um die aufgestellten Hypothesen zu überprüfen. Wie Schaubild 1 zeigt, besteht zwischen der Lohnstückkostenentwicklung und der Inflationsrate eine sehr enge Korrelation (vgl. Schaubild 1), der Korrelationskoeffizient¹⁴ hat einen Wert von 0,930. Deutlich weniger eng korreliert ist die Lohnstückkostenentwicklung und die Verschiebung der bereinigten Lohnquote¹⁵ (vgl. Schaubild 2), hier beläuft sich der Korrelationskoeffizient auf einen Wert von 0,723.

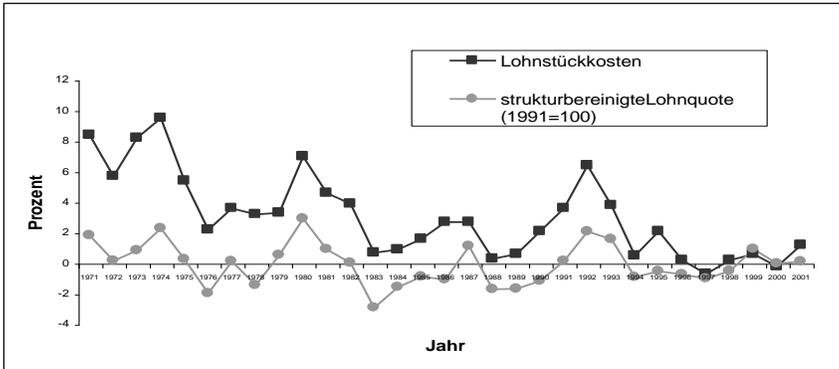
Längere Zeitreihen für die Entwicklung der Inflationsrate (BIP-Deflator) und der bereinigten Lohnquote von 17 Ländern (EU-15, USA und Japan) – und zwar für den Zeitraum 1961 bis 2001 – liefert die Europäische Kommission (vgl. Europäische Kommission 2002), Zeitreihen für die Entwicklung der Lohnstückkosten stellt Eurostat auf Anfrage zur Verfügung. Allerdings handelt es sich bei der bereinigten Lohnquote der Europäischen Kommission nicht um die strukturbereinigte Lohnquote, vielmehr wird das Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer in Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten je Beschäftigten ausgewiesen.¹⁶

¹⁴ Zur verbalen Beschreibung der Größe des Betrags des Korrelationskoeffizienten sind bekanntlich die folgenden Abstufungen üblich: bis 0,2 sehr geringe Korrelation, bis 0,5 geringe Korrelation, bis 0,7 mittlere Korrelation, bis 0,9 hohe Korrelation und über 0,9 sehr hohe Korrelation.

¹⁵ Die bereinigte Lohnquote berücksichtigt, daß die tatsächliche Lohnquote außer durch die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens auch durch den Wandel der Erwerbsstruktur (Verhältnis Selbständige-Arbeitnehmer) beeinflusst ist. Die bereinigte Lohnquote geht deshalb von einer konstanten Beschäftigungsstruktur aus.

¹⁶ Die bereinigte Lohnquote der Europäischen Kommission stimmt damit eher mit der sogenannten Arbeitseinkommensquote überein, die als Verhältnis aus Lohn Einkommen je beschäftigtem Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen definiert ist (vgl. Brümmerhoff 2002:

Schaubild 2: Lohnstückkostenentwicklung und Entwicklung der strukturbereinigten Lohnquote in der Bundesrepublik Deutschland 1970-2001



Quelle: Statistisches Bundesamt (2002), eigene Berechnung und eigene Darstellung

Für alle Länder außer Luxemburg weist der Korrelationskoeffizient für die Lohnstückkosten und die Inflationsrate einen deutlich höheren Wert auf als für den Zusammenhang Lohnstückkosten-Lohnquote (vgl. Tabelle 1). Dabei ist die Korrelation für die Lohnstückkosten und die Inflationsrate hoch und in der Mehrzahl der Fälle sogar sehr hoch, während die Korrelation für die Lohnstückkosten und die Lohnquote niedrig ist oder im mittleren Bereich liegt (vgl. Tabelle 2). Natürlich sagen Korrelationen nichts über Kausalitäten aus; allerdings sind die Ergebnisse nicht geeignet, die Marxsche Theorie zu stützen. Sie legen im Gegensatz zu Marx' Überlegungen eher die Vermutung nahe, daß Lohnstückkostensteigerungen, also Nominallohnsteigerungen über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität, zu steigenden Preisen führen und Grundlage für Lohn-Preis-Spiralen sind, und daß für die Entwicklung der Verteilungsquoten nicht oder zumindest nicht in erster Linie Nominallohnverhandlungen verantwortlich sind.

213 f.) Laut telefonischer Auskunft stellt Eurostat keine Daten zur Berechnung der strukturbereinigten Lohnquote zur Verfügung und stellt selbst auch keine entsprechenden Berechnungen an.

Tabelle 1: Korrelationskoeffizienten für den Zusammenhang Lohnstückkosten-Inflationsrate und Lohnstückkosten-Lohnquote für 17 Länder

Land	Korrelationskoeffizient ¹	
	Lohnstückkosten-Inflationsrate	Lohnstückkosten-Lohnquote
Belgien	0,925	0,705
BRD	0,915	0,772
Dänemark	0,884	0,491
Finnland	0,843	0,573
Frankreich	0,949	0,685
Griechenland	0,908	0,563
Großbritannien	0,943	0,548
Irland	0,879	0,464
Italien	0,948	0,492
Japan	0,925	0,623
Luxemburg	0,452	0,653
Niederlande	0,881	0,591
Österreich	0,847	0,737
Portugal	0,774	0,521
Schweden	0,850	0,479
Spanien	0,947	0,340
USA	0,926	0,474

¹⁾ Alle Korrelationen sind auf dem Niveau 0,01 (2-seitig) signifikant. Eine Ausnahme bildet die spanische Korrelation Lohnstückkosten-Lohnquote, die lediglich ein Signifikanzniveau von 0,05 (2-seitig) erreicht. Quelle: Europäische Kommission (2002) und Eurostat, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Korrelationskoeffizienten für den Zusammenhang Lohnstückkosten-Inflationsrate und Lohnstückkosten-Lohnquote für 17 Länder

Wert	Lohnstückkosten-Inflationsrate		Lohnstückkosten-Lohnquote	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Bis 0,2	0	0%	0	0%
Bis 0,5	1	6%	6	35%
Bis 0,7	0	0%	11	65%
Bis 0,9	7	41%	0	0%
Über 0,9	9	53%	0	0%

Quelle: Europäische Kommission (2002) und Eurostat, eigene Berechnungen

4. Zins und Akkumulation

Marx hat bekanntlich keine ausgearbeitete und konsistente Akkumulations- und Krisentheorie formuliert. Neben dem Profitratenfall finden sich auch Krisenerklärungen, die Wirtschaftskrisen durch Unterkonsumtion (vgl. z.B. Marx 1984: 501) oder durch Disproportionen zwischen den Abteilungen I (Produktionsmittel) und II (Konsumtionsmittel) erklären (vgl. Marx 1983: 391 ff.). Hier soll ausschließlich auf die Beeinflussung der Akkumulationstätigkeit durch die Profitrate eingegangen werden, die – zumindest was die Rezeption der Marx'schen Theorie betrifft – die wohl prominenteste Krisenerklärung ist.¹⁷

Die Profitrate ist bekanntlich als $m:(c+v)$ bzw. $(m/v):(c/v)+1$ definiert, wobei m für den Profit bzw. Mehrwert steht, während c als konstantes und v als variables Kapital das eingesetzte Gesamtkapital repräsentieren; m/v ist die Mehrwertrate, c/v die organische Zusammensetzung des Kapitals. Die Akkumulationstätigkeit hängt für Marx von der Entwicklung der Profitrate ab: Eine fallende Profitrate wird dazu führen, daß die Investitionstätigkeit ab einem gewissen Punkt eingeschränkt wird, während eine steigende Profitrate stimulierende Wirkung auf die Investitionen ausübt.

Ein wesentlicher Mangel der Marx'schen Akkumulationstheorie ist aus meiner Sicht die Vernachlässigung des Zinssatzes und damit auch des Gläubiger-Schuldner-Kalküls im Rahmen von Kreditbeziehungen. Der Zins spielt für Marx lediglich als Anteil am Profit eine Rolle, in Bezug auf das Akkumulationsverhalten kommt ihm jedoch keine Bedeutung zu: Kapitalisten orientieren sich nach Überzeugung von Marx an der *realisierten* Profitrate, die aufgrund von Verteilungsveränderungen (vgl. Marx 1986: 640 ff.) oder aufgrund des Anstiegs der organischen Zusammensetzung des Kapitals (vgl. Marx 1984: 221 ff.) variiert. Wird von Profitratenveränderungen abgesehen, steht die Klasse der Produktionsmittelbesitzer aufgrund der Konkurrenz unter dem Zwang zu akkumulieren.¹⁸ Die von Marx unterstellte und an der Entwicklung der Profitrate orientierte Akkumulationstheorie kann nicht überzeugen: Zwar analysiert Marx richtig, daß die Produktion dem Austausch vorausgeht, er erfaßt aber nicht adäquat, daß vor der Produktion wiederum ein Finanzierungs- und Investitionskalkül steht, das auf eine unsichere Zukunft ausgerichtet ist.¹⁹

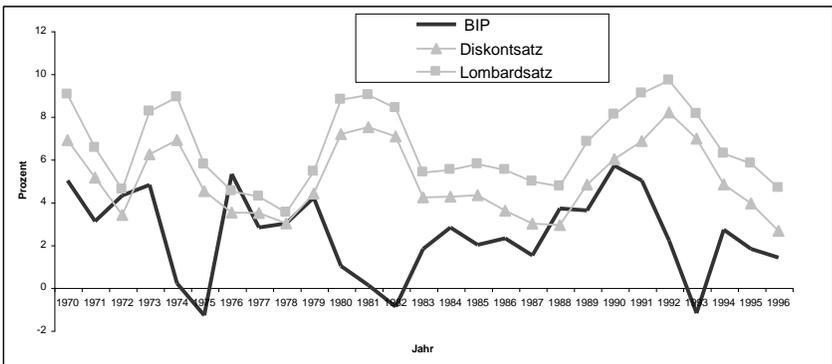
¹⁷ Eine sehr umfassende Darstellung und Diskussion der verschiedenen Varianten der Marx'schen bzw. Marxistischen Akkumulations- und Krisentheorien liefert Priewe (1988).

¹⁸ „Akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten.“ (Marx 1984: 621)

¹⁹ De Brunhoff kritisiert zu Recht Marx' sehr simple Zinstheorie, die v.a. Gläubiger-Schuldner-Kalküle außer Acht läßt: „It is then purely a form of division of the mass of the profit, such that its economic existence is shown only by its empirically determined rate. Marx goes so far in this reduction of interest to a simple diversion of the part of the profit that he does not take into account the risk, the calculations, and the expectations of the lenders and borrowers, all things that could give interest a special significance. ... One sees in what terms the unitary concept of the capital market is drawn. This unification can be considered as a rough sketch of the function of financing today as described by the National Accounts. But its other side is the fai-

Zunächst einmal ist zu bedenken, daß die realisierte Profitrate eine Ex-post-Größe ist, Unternehmen sich aber weniger für ihre realisierte als für ihre *erwartete* Profitrate interessieren, wenn sie über neue (Real-)Investitionen zu entscheiden haben; letztere aber sind mit *unsicheren Erwartungen*²⁰ behaftet. Zudem kann der Zins als wichtige Einflußgröße im Rahmen von Investitionsüberlegungen einfach nicht vernachlässigt werden: Bei Fremdfinanzierung muß der Zins als Prämie für die Kreditaufnahme erwirtschaftet werden, und im Falle einer Eigenfinanzierung wird das Unternehmen Opportunitäts- bzw. Alternativkostenkalküle anstellen, schließlich kann es sein Geld grundsätzlich immer auch in Finanzinvestitionen (Aktien, Wertpapiere, Festgelder usw.) stecken. Das Investitionskalkül ist, so muß resümiert werden, nur durch eine vergleichsweise anspruchsvolle und komplexe Investitionstheorie zu erfassen, die den Zins als herausragende Einflußgröße beachtet, zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung unterscheidet sowie das Handeln unter Unsicherheit im Rahmen von Investitions- und Finanzierungsprozessen berücksichtigt.²¹

Schaubild 3: Entwicklung des realen BIP und der Leitzinsen in der BRD 1970-1996



Quelle: Deutsche Bundesbank (1998) eigene Darstellung

Abschließend seien auch hier noch empirische Tatbestände angeführt, die nahelegen, Akkumulationstätigkeit und konjunkturelles Geschehen mit der Zinsentwicklung in Verbindung zu bringen. Wenn die Entwicklung der Wachstumsraten der Bundesrepublik und die Leitzinssätze der Deutschen Bundes-

lure to examine the effects of calculation and expectations on the decisions of lenders and borrowers. This gives a static character to the concept of speculation, to be defined further on.“ (de Brunhoff 1976: 90)

²⁰ Die Erwartungsbildung unter Unsicherheit wird insbesondere durch Keynes bzw. im Postkeynesianischen Paradigma problematisiert, vgl. dazu z.B. Keynes (1936: 124 ff. und 1937), Shackle (1955, 1974) und Davidson (1982-83, 1987, 1988, 1990, 1996a und 1996b).

²¹ Eine solche Theorie liefert Minsky (1986, 1990 und 1996).

bank seit Mitte der 70er Jahre herangezogen werden, so fällt auf, daß die drei großen Wirtschaftskrisen in der Bundesrepublik immer Zeiten hoher Zinsen waren (vgl. Schaubild 3). Zentralbanken beeinflussen mit ihren Leitzinsen die Zinssätze der gesamten Volkswirtschaft²² und damit auch den Kalkulationszinssatz für Investitionsentscheidungen, was bei einer kontinuierlichen Erhöhung der Leitzinsen irgendwann zu Investitionsrückgang, sinkenden Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt und zu Arbeitslosigkeit führt. Die Marxsche Theorie ist nicht in der Lage, im Rahmen ihrer Investitionstheorie den offensichtlich hohen Zusammenhang von Hochzinspolitik und Wirtschaftskrise zu erfassen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Diskussion der monetären Aspekte der Marxschen Theorie hat gezeigt, daß diese in Bezug auf die Analyse von Geld, die Erklärung von inflationären Prozessen und die Akkumulationstätigkeit von Unternehmen zu wenig überzeugenden Ergebnissen kommt. Marx geht zwar zunächst von einem endogenen Geldangebot aus; da Geld aber theoretisch auf der Basis von Gold abgeleitet und der Wert von Staatspapiergeld quantitativtheoretisch erklärt wird, ist im Rahmen des Marxschen Theoriegebäudes letztlich auch nur eine quantitativtheoretische Begründung für inflationäre Prozesse möglich. Außerdem schließt Marx explizit Lohn-Preis-Spiralen aus und unterstellt stattdessen einen aushandelbaren Reallohn bzw. eine aushandelbare Lohnquote. Die Arbeiterklasse ist in dieser Hinsicht aber – dies haben die Ausführungen in Abschnitt 4 gezeigt, schwächer, als Marx dies unterstellt hat: Unternehmen geben Nominallohnsteigerungen über dem Produktivitätsfortschritt offensichtlich in den Preisen weiter, d.h. Lohnsteigerungen über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität führen nicht zur Verbesserung der Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten sondern zu Inflation.^{23, 24} Neben der Inflation ist die Erklärung der Investitionstätigkeit ein weiterer Punkt, den die Marxsche Theorie nicht adäquat erfaßt, weil sie das Problem der Erwartungsunsicherheit und die Bedeutung des Zinses nicht berücksichtigt.

²² Da gilt entgegen einer weit verbreiteten Auffassung auch für die langfristigen Kapitalmarktzinssätze (vgl. Spiwoks 1993).

²³ Wird der hier vertretenen Argumentation gefolgt, dann ist auch der sogenannten Kaufkrafttheorie des Lohnes der Boden entzogen, die von einer realen Kaufkraftsteigerung durch höhere Nominallöhne ausgeht. Denn wenn Lohnabschlüsse gleichgerichtet auf das Preisniveau wirken, können sie keinen Einfluß auf die reale Kaufkraft ausüben.

²⁴ Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es geht hier nicht darum, einem Sozialabbau, einer allgemeinen Umverteilung von unten nach oben oder ähnlichem das Wort zu reden. Vielmehr sollte gerade die Steuerpolitik (Einkommensteuer, Vermögensteuer usw.) darauf ausgerichtet sein, eine möglichst egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung zu erreichen. Ein detaillierter linker wirtschaftspolitischer Gegenentwurf zum ökonomischen *Mainstream* ist nicht Gegenstand dieses Beitrages, ein solcher hätte aber – so nicht ein genereller Systemwechsel das Ziel ist – die aufgezeigten Funktionsmechanismen des Kapitalismus zu beachten, die Marx nach meiner Ansicht falsch bzw. in nicht angemessener Weise analysiert hat.

Letztlich liefert die Postkeynesianische Theorie, die die funktionale Einkommensverteilung kreislauftheoretisch ableitet, im Rahmen ihrer Investitionstheorie das Handeln unter Unsicherheit und die Bedeutung des Zinses betont sowie inflationäre Prozesse im Kern durch einen Lohn-Preis-Mechanismus erklärt, überzeugendere verteilungs-, investitions- und inflationstheoretische Erklärungen als die Marxsche Theorie.²⁵

Auch wenn die Marxsche Theorie in monetären Fragen in den hier diskutierten Punkten wenig überzeugend ist, so bedeutet dies nicht, daß Marxens ökonomische Arbeiten für die Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsweise nichts mehr hergeben würden: Zwar liefert die Postkeynesianische Theorie eine adäquatere Verteilungs-, Investitions, und Inflationstheorie, aber wichtige *realwirtschaftliche* Aspekte der kapitalistischen Produktionsweise bleiben gänzlich unberücksichtigt: zum einen das Verwertungsinteresse des Unternehmers im Produktionsprozeß und die damit im Zusammenhang stehenden dynamischen Prozesse des Wettbewerbs sowie die Durchsetzung von Prozeßinnovationen. Insbesondere muß die Postkeynesianische Theorie Produktivitätssteigerungen als etwas Exogenes betrachten, ohne die permanente und systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität, welche unbestreitbar ein spezifisches Charakteristikum des Kapitalismus ist und der diesen von anderen Gesellschaftsformationen fundamental unterscheidet, erklären zu können. Zum anderen spielen Klassenbeziehungen in der Postkeynesianischen Theorie keine Rolle, obwohl zumindest der Teil der Postkeynesianischen Theorie, der in der Tradition von Kalecki (vgl. Kalecki 1966, 1987) steht, als Klassentheorie formuliert ist.²⁶ Diese Schwachstellen der Postkeynesianischen Theorie markieren aber unbestreitbar die Stärken der Marxschen Politischen Ökonomie. Wer Alternativen zum herrschenden *Mainstream* sucht, wird sich mithin sowohl mit der Postkeynesianischen als auch mit der Marxschen Theorie auseinandersetzen müssen.²⁷

Literatur

- A. Arnon, Marx, Minsky and Monetary Economics, in: G. Dymski/R. Pollin, *New Perspectives in Monetary Macroeconomics*, Michigan 1994
- D. Brümmerhoff, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*, 7. Auflage, München/Wien 2002
- S. de Brunhoff, *Marx on Money*, New York 1976
- J. Crotty, *The Centrality of Money, Credit and Financial Intermediation in Marx's Crisis*

²⁵ Ein Überblick über die Postkeynesianische Theorie ist zu finden in Eicker-Wolf (2002: 16 ff.); Zum Vergleich von Geld, Zins und Akkumulation in der Marxschen und in der Postkeynesianischen Theorie vgl. Eicker-Wolf (2003).

²⁶ Crotty hat zurecht darauf hingewiesen, daß in der Tradition von Marx arbeitende Ökonomen und Ökonomen sich vornehmlich der Produktionssphäre widmen, aber Geldtheorie und Finanzierungsprozessen wenig Aufmerksamkeit schenken, während auf der anderen Seite die Postkeynesianischen Theoretikerinnen und Theoretiker sich intensiv mit monetären Aspekten beschäftigen, aber den Produktionsprozeß, Arbeitsbeziehungen und Klassenstrukturen so gut wie gar nicht beachten (vgl. Crotty 1985: 77, Fußnote 1).

²⁷ Arbeiten, die auf eine Synthese aus Marxscher und Postkeynesianischer Theorie zielen sind z.B. Keen (o.J.), Crotty (1993), Arnon (1994), Hein (1998) und Eicker-Wolf (2002).

- Theory: An Interpretation of Marx's Methodology, in: S. Resnick/R. Wolff (Hg.), Rethinking Marxism, Brooklyn, New York 1985
- J. Crotty, Rethinking Marxian Investment Theory: Keynes-Minsky Instability, Competitive Regime Shifts and Coerced Investment, in: Review of Radical Political Economics, Vol. 25/1993
- P. Davidson, Rational expectations: a fallacious foundation for studying crucial decision-making processes, in: Journal of Post Keynesian Economics 2/1982-83
- P. Davidson, Sensible expectations and the long-run non-neutrality of money, in: Journal of Post Keynesian Economics 1/1987
- P. Davidson, A technical definition of uncertainty and the long-run non-neutrality of money, in: Cambridge Journal of Economics, 12/1988
- P. Davidson, Shackle and Keynes vs. Rational Expectations Theory and the Role of Time, Liquidity and Financial Markets, in: S.F. Frowen, Unknowledge and Choice in Economics, London 1990
- P. Davidson, What revolution? The legacy of Keynes, in: Journal of Post Keynesian Economics 1/1996 (a)
- P. Davidson, Reality and economic theory, in: Journal of Post Keynesian Economics 4/1996 (b)
- Deutsche Bundesbank, Monetäre Statistiken 1948-1997, München 1998
- K. Eicker-Wolf, Vom hydraulischen Keynesianismus zur Radikalen Politischen Ökonomie – Keynesianische wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Bundesrepublik nach dem Scheitern der Globalsteuerung, Marburg 2002 (Dissertation, unveröffentlicht)
- K. Eicker-Wolf, Geld, Zins und Akkumulation in der Marx'schen und in der Postkeynesianischen Theorie, Marburg 2003 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Diskussionspapier No. 8)
- Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft, Brüssel 2002
- D. K. Foley, On Marx's theory of money, <http://www.columbia.deu/~dkf2/marxmon.html>, 1982
- B. Fritsch, Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx, Frankfurt 1968
- C. M Germer, How Capital Rules Money – Marx's Theory of Money in Capitalism, <http://www.gre.ac.uk/~fa03/quickaccess/index.html>, 1997
- C. M Germer, Credit money and the functions of money in capitalism, <http://www.gre.ac.uk/~fa03/quickaccess/index.html>, 1998
- E. Hein, Karl Marx, ein klassischer Ökonom?, in: Prokla, 110/1998
- M. Heine/H. Herr, Der esoterische und der exoterische Charakter der Marx'schen Geldtheorie – eine Kritik, in: A. Schikora u.a. (Hg.), Politische Ökonomie im Wandel, Marburg 1992
- M. Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, Hamburg 1991
- M. Heinrich, Monetäre Werttheorie. Geld und Krise bei Marx, in: Prokla 123/2001
- M. Kalecki, Theorie der wirtschaftlichen Dynamik, Wien 1966
- M. Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg 1987
- S. Keen, A Marx for Post Keynesians, http://csf.Colorado.EDU/pkt/pktauthors/Keen.Steve/A_Marx_for_Post_Keynesians.txt, o.J.
- J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936
- J. M. Keynes, The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of Economics 47/1937
- K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, Berlin 1972
- K. Marx, Das Kapital Bd. 2, MEW 24, Berlin 1983
- K. Marx, Das Kapital Bd. 3, MEW 25, Berlin 1984

- K. Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, Berlin 1986
- K. Marx, Lohn, Preis und Profit, in: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 3, Berlin 1987
- H. P. Minsky, Stabilizing an unstable Economy, New Haven/London 1986
- H. P. Minsky, John Maynard Keynes, Marburg 1990
- H. P. Minsky, The Essential Characteristics of Post Keynesian Economics, in: G. Deleplace/E.J. Nell (Hg.), Money in Motion, Houndsmills usw. 1996
- Michael North, Das Geld und seine Geschichte, München 1994
- J. Prieue, Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland – Die krisentheoretische Debatte, Köln 1988
- G. Reuten, The money expression of value and the credit system: a value-form theoretic outline, in: Capital & Class, No. 35/1988
- Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Revidierte Ergebnisse 1970-2001, Wiesbaden 2002
- G.L.S. Shackle, Uncertainty in Economics and other Reflections, Cambridge 1955
- G.L.S. Shackle, Epistemics and Economics, Cambridge 1972
- M. Spiwoks, Bestimmungsgründe der Kapitalmarktinzinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1973 bis 1989, Baden-Baden 1993